

Juli 2008

Netzwerk für Vielfalt und Integration – ein Projekt der Sozialistischen Partei Europas

Mit der fortschreitenden Globalisierung wird die traditionelle Vorstellung vom Nationalstaat als einem in ethnischer, religiöser und kultureller Hinsicht homogenen Gebilde immer mehr zu einem Relikt aus der Vergangenheit. Denn die Realität sieht schon längst anders aus: Diversität wird in zunehmenden Maße zum prägenden Strukturmerkmal der meisten europäischen Gesellschaften. Aus diesem Anlass berichtet Gary Titley, MdEP und Vorsitzender des „Diversity and Integration“ Netzwerks der SPE, über Projekte und Lösungsansätze in Europa, um Minderheitengruppen den Einstieg und die Beteiligung am gesellschaftlichen und politischen Leben zu ermöglichen und auf diesem Weg zu einem Gemeinwesen zu gelangen, das sich nicht länger an ethnischen oder religiösen Maßstäben orientiert, sondern auf gemeinsam zu verwirklichenden gesellschaftlichen Zielen und Wertvorstellungen beruht.

Gary Titley*

Die Idee des Nationalstaats beruhte auf den Prinzipien „ein Land, ein Herrscher, ein Volk und eine Religion“. Interessanterweise haben sich aber gerade die Gemeinschaf-

ten, die sich streng an diese Prinzipien gehalten haben, im Allgemeinen nicht weiterentwickelt, während Länder mit einem

etwas pragmatischeren Ansatz wirtschaftlich von den Fertigkeiten der Einwanderer, von denen viele andernorts religiös verfolgt wurden, profitierten. In der Realität sind die meisten europäischen Nationen heute das Ergebnis jahrhundertelanger Migrationsbewegungen. In der Vergangenheit assimilierten sich die meisten Einwanderer über Generationen hinweg schrittweise und sind

* Gary Titley, seit 1989 Abgeordneter der Labour Party im Europäischen Parlament, führt neben seiner Mitarbeit in zahlreichen Ausschüssen die Gruppe der Labour Abgeordneten und ist Vorsitzender des „Diversity and Integration Network“ der SPE. Das im Jahr 2007 ins Leben gerufene Netzwerk soll Diskussion und Erfahrungsaustausch zwischen den Bürgern der Union und den in der SPE vertretenen sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien fördern. Thematisch beschäftigt sich das Netzwerk mit den Herausforderungen einer steigenden Diversität europäischer Gesellschaften sowie den Möglichkeiten und Problemen bei der Integration von Migranten und Minderheiten. Zu beachten ist hierbei, dass Muslime zwar die erste aber nicht die einzige Minderheit sind, mit der sich das Netzwerk befasst.

mittlerweile häufig von der einheimischen Bevölkerung nicht mehr zu unterscheiden. Jedoch brachte jede Einwanderungswelle auch Integrations- und Diskriminierungsprobleme mit sich, die sich nur wenig von den heutigen unterscheiden.

Die Globalisierung hat die Migrationsbewegungen der Menschen erheblich beschleunigt. Mehr als 175 Millionen Menschen leben außerhalb ihres Geburtslandes. Die Motive für ihre Abwanderung sind entweder wirtschaftlicher oder humanitärer Natur, d. h. die Migranten sind auf der Suche nach einem besseren Leben und die Industrieländer nach billigen Arbeitskräften, oder die Menschen fliehen aus Angst vor Verfolgung und Krieg. Wie eh und je profitieren die Aufnahmeländer erheblich von dieser Migration. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass Europa Migration als Teil der Lösung für seine Probleme mit einer alternden Bevölkerung, der schrumpfenden Anzahl an Arbeitskräften und niedrigen Geburtenzahlen braucht. Außerdem gilt es zu bedenken, dass die Freiheit, sich innerhalb der EU frei zu bewegen, zu den Grundprinzipien der Union gehört.

Heute sind die meisten europäischen Länder geprägt von ethnischer, kultureller und religiöser Diversität. Dies hat häufig zu Spannungen und Diskriminierung zwischen Gemeinschaften geführt. Einheimische Bevölkerungsgruppen fühlen sich oft durch das „Fremde“ bedroht, während Migranten sich nicht willkommen fühlen und der Meinung sind, ihr Beitrag zum nationalen Wohlergehen werde nicht anerkannt. Wäh-

rend Einwanderer der ersten Generation diese Situation noch eher akzeptierten, ist die zweite und dritte Generation viel weniger bereit hinzunehmen, dass sie in ihrem eigenen Land keine gleichberechtigte Teilhabe genießt. In vielen Fällen hat dies zu Enttäuschung und Entfremdung geführt. Moderne Kommunikationsformen erleichtern es den Menschen darüber hinaus, transnationale Identitäten anzunehmen, die nicht selten die Werte der Gesellschaft ablehnen, in der sie leben.

Linke Parteien haben versucht, dieser Problematik mittels Gesetzen zu begegnen, die bestimmte Verhaltensweisen verbieten – z. B. das Anti-Diskriminierungsgesetz. In der Europäischen Union hat die sozialistische Kommissarin Anna Diamantopoulou eine europäische Richtlinie vorgestellt, um jedwede Diskriminierung am Arbeitsplatz, auch aufgrund von Alter, Rasse und Religion, zu verbieten. Doch trotz all dieser Bemühungen müssen wir anerkennen, dass Minderheitsgruppen immer noch stärker unter Arbeitslosigkeit, schlechteren Wohnbedingungen und schlechterem Zugang zu Bildung leiden.

Der Teil der europäischen Gesellschaft, der sich unter dem größten Druck sieht, sind die schätzungsweise 13 bis 20 Millionen Muslime¹. Der Islam hat im Lauf der europäischen Geschichte immer eine wesentliche Rolle gespielt. Größere Einwanderungsbewegungen von Muslimen nach Europa waren jedoch erst seit dem zweiten Weltkrieg zu beobachten. In einigen Mitgliedsstaaten

ist der Islam bereits die zweitgrößte Religionsgruppe. Ethnische und religiöse Spaltungen scheinen mittlerweile an die Stelle von Spannung, die früher auf Rassismus basierten, getreten zu sein. Darüber hinaus werden diese Spaltungen so dargestellt, als seien sie starr, unveränderlich und unvereinbar mit der vorherrschenden Kultur und vorherrschenden Werten. Das wiederum führt zu der Auffassung, dass gesellschaftliche Solidarität durch kulturelle Vielfalt unterminiert wird. Man nehme hinzu die Tatsache, dass die globale Reichweite des Islam zumindest oberflächlich zur Bildung einer transnationalen Identität führt, und sichtbar wird der Prozess, der manche zu der Auffassung führt, dass innerhalb der europäischen Gesellschaft ein Kampf der Kulturen stattfindet.

Die SPE hat immer an die Grundsätze der Gleichheit und der sozialen Gerechtigkeit geglaubt. Als fortschrittliche europäische Partei sieht sie es darüber hinaus als ihre Pflicht an, die tiefer liegenden Probleme der Integration und Gleichheit zu verstehen. Demzufolge hat sie das „Netzwerk für Vielfalt und Integration“ beauftragt, sich mit den Fragen der Diversität, Diskriminierung, Integration und Gleichheit zu beschäftigen. Das Netzwerk, unter dem Vorsitz von Gary Titley, MdEP, und dem stellvertretenden Vorsitz von Emine Bozkurt, MdEP, steht Vertreterinnen und Vertretern aller SPE-Mitgliedsparteien offen und hat inzwischen eine Reihe von Informationsreisen in fünf europäische Länder durchgeführt, die alle vor der Herausforderung stehen, Integration

zu meistern und das Beste aus ihrer Diversität zu machen. Mitglieder des Netzwerks waren bereits in Spanien, Großbritannien, Bulgarien, den Niederlanden und Schweden, um sich von Schwesterparteien, Politikerinnen und Politikern, Regierungsorganisationen und NROs sowie von Musliminnen und Muslimen selbst die praktischen Herausforderungen und Realitäten des globalen, vielfältigen Europas von heute erklären zu lassen. Durch die Auswahl so verschiedener Länder lernte das Netzwerk sehr unterschiedliche Perspektiven zur Integration und Vielfalt kennen. So sind beispielsweise Großbritannien und die Niederlande, obgleich sie beide eine Geschichte als Kolonialmacht haben, in den letzten fünfzig Jahren in der Frage der Integration völlig unterschiedliche Wege gegangen. Einige muslimische Minderheiten leben mittlerweile schon in der dritten Generation in diesen Ländern, aber selbst nach so langer Zeit kann keines der beiden Länder von sich behaupten, in Sachen Integration alles richtig gemacht zu haben. Dem gegenüber sieht sich Schweden mit der neuen und anders gearteten Herausforderung konfrontiert, muslimische Neuankömmlinge aus Kriegsregionen wie dem Irak zu integrieren. Wie die anderen nordischen Länder hatte Schweden außerdem bis vor kurzem eine homogenere Bevölkerung als die anderen EU-Länder. Bulgarien wiederum hat schon seit langem eine etablierte muslimische Gemeinde.

Von Anfang an war klar, dass man über die muslimische Gemeinde nicht sprechen kann, als sei sie ein zusammenhängendes

Ganzes. Es gibt vielmehr zahlreiche einzelne Gemeinden. Besonders beeindruckte uns der Vortrag des *Institute for Community Cohesion*¹¹ in London, der die Vielzahl muslimischer Gruppierungen aufzeigte. Aber selbst auf oberflächlicherer Ebene wurde uns schnell klar, dass eine Muslimin aus einem ländlichen Gebiet in Somalia wahrscheinlich eine andere Lebensperspektive hat als ein britischer Muslim der dritten Generation, der einen urbanen, pakistanischen Hintergrund hat. Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen, die mit muslimischen Gemeinden arbeiten wollen, müssen daher zunächst definieren, um welche muslimische Gemeinde es ihnen eigentlich geht.

Religiosität und Glaube können für manche sozialdemokratische Partei angesichts ihres meist säkularen Hintergrunds zu den schwierigsten Bereichen gehören. Trotzdem war uns klar, dass es für religiöse Menschen wichtig ist, auch Glaubensfragen diskutieren zu können. Wenn wir als Sozialdemokraten den Menschen diese Möglichkeit nicht geben, laufen wir Gefahr, potenzielle Anhängerinnen und Anhänger vor den Kopf zu stoßen. Besonders klar wurde uns das angesichts eines Beispiels aus Schweden, wo die christlichen Sozialisten Muslimen und anderen Religionsgemeinschaften ein Forum boten. Auch der Beauftragte des britischen Premierministers für Religionsgemeinschaften entwickelt gerade einen Dialog mit mehreren dieser Gemeinden.

Muslimische Frauen erfahren aufgrund ihres Glaubens und ihres Geschlechts gleich eine doppelte Diskriminierung. Auch ihre Integration beinhaltet anderen Herausforderungen als die muslimischer Männer. Ein hervorstechendes Beispiel hierfür ist die Kopftuchdebatte. Gleichzeitig wurde die Rolle der Frauen als treibende Kraft in Integrationsprozessen während unserer Besuche immer wieder hervorgehoben. Frauen unterschiedlicher Weltanschauung haben häufig mehr Gelegenheit, miteinander in Kontakt zu treten – sei es vor der Schule oder in Gemeindeaktivitäten. Das wirkt sich positiv auf Integration und Zusammenhalt aus. Der Dialog mit Muslimen ignoriert jedoch die Frauen zum Teil, ebenso wie ihre Bedürfnisse, die sich von denen der Männer unterscheiden. Klar ist, dass sozialdemokratische Parteien sich aktiver um die muslimischen Frauen bemühen und ihre Teilhabe an der Gesellschaft fördern müssen – wie es die britische Labour Party im Europäischen Parlament kürzlich vorgemacht hat. Auch die niederländische PvdA ist auf Frauen unterschiedlicher ethnischer Ursprünge zugegangen und hat ein multiethnisches Frauennetzwerk gegründet.

Muslimische Jugendliche sind mit großen Identitätsproblemen konfrontiert. Einerseits fühlen sie sich in der Gesellschaft, in die sie hineingeboren wurden, nicht willkommen, andererseits haben sie aber auch eine geringe Bindung an die Länder ihrer Eltern und Großeltern. Viele junge Menschen wollen nicht ausschließlich durch ihre Religion definiert werden, sondern eben auch als

junge Menschen, die die gleichen Interessen und Probleme haben wie andere Altersgenossen. Auf ihrer Suche nach einer Identität fühlen sich jedoch viele stärker vom Islam angezogen als noch ihre Eltern. Die SPE braucht eine Strategie, um mit diesen muslimischen Jugendlichen ins Gespräch zu kommen.

Bezüglich der breiter angelegten Debatte über Zusammenhalt in der Gemeinschaft beschäftigte sich die Arbeitsgruppe kritisch mit dem Konzept der multikulturellen Gesellschaft, da diese impliziert, dass verschiedene Gemeinschaften zwar im gleichen geografischen Raum leben, aber nichts miteinander zu tun haben. Es besteht die Gefahr, dass der Multikulturalismus Teilung und Ungleichheit nur verstärkt. Multikulturalismus kann verhindern, dass man sich ernsthaft damit beschäftigt, wie Minderheiten der Gesellschaft als Ganzes gegenüberstehen und wie man die Wurzeln von Vorurteilen und Diskriminierung bekämpfen kann. Der Multikulturalismus kann oberflächlich einen Sinn für Zusammenhalt suggerieren, während sich unter der Oberfläche tatsächlich gar nichts geändert hat und wir immer noch wenig darüber wissen, in welcher Beziehung die Gemeinschaften tatsächlich zueinander stehen und wie sich Respekt und Verständnis füreinander entwickeln.

Hier finden wir auch schon teilweise die Antwort auf die Frage, warum Antidiskriminierungsgesetze bislang nur begrenzt erfolgreich gewesen sind. Wer per Gesetz

Verhaltensmuster verändern will, tut wenig, um die darunter liegenden Einstellungen und Werte zu verändern. Auch können solche Gesetze die Auffassung verstärken, dass Minderheiten unterlegen sind und nur mit spezieller Hilfe Fortschritte machen können.

Einen Ausweg aus der Sackgasse Multikulturalismus zeigte uns das Integrationsprogramm der spanischen Regierung, das betont, dass Gemeinschaften gemeinsam an gemeinsamen Herausforderungen arbeiten müssen. Grundlage hierfür war das Konzept des Interkulturalismus. Nur durch ständige Interaktion, Dialog und gemeinsame Erfahrungen können sich gegenseitiges Vertrauen und ein Gefühl der Zusammengehörigkeit entwickeln. In diesem Kontext ist es genauso wichtig, wie etwas getan wird, wie das, was getan wird. Integration ist eher ein Prozess als ein Ergebnis.

Die Gemeinschaften müssen ermutigt werden, sich aktiver für ihre eigene Zukunft zu engagieren. Interessante Arbeit hierzu haben wir in Rotterdam beobachtet. Der Vorsitzende erinnert sich außerdem an die Meinung eines früheren Ministers für Nordirland, dass die Regel, nach der EU-Gelder nur für Projekte verwendet werden dürfen, über die sich die Gemeinschaften vor Ort einig sind, ein wesentlicher Faktor im nordirischen Friedensprozess gewesen war, da die Gemeinschaften so zur Zusammenarbeit angehalten wurden.

Ein solches aktives Engagement hängt jedoch von einer Reihe von Faktoren ab.

Zuallererst muss in die Entwicklung von Kompetenzen und Fachwissen der Schlüsselakteure investiert werden. Es ist eindeutig, dass Politiker und Beamte oft zu wenig über den Charakter und die Zusammensetzung ihrer Gemeinden wissen. Wir haben die Arbeit des *Institute for Community Cohesion* an Karten über Bevölkerungszusammensetzungen zur Kenntnis genommen, die es Entscheidungsträgern ermöglicht, die spezifischen Bedürfnisse von Gemeinschaften zu definieren. Wir waren erstaunt, über die Aussage der ehemaligen britischen Abgeordneten Oona King, dass sie, wenn sie bei ihrem Amtsantritt als Abgeordnete das Wissen über die Dynamik einer Gemeinschaft gehabt hätte, über das sie mittlerweile verfügte, sie die Aufgaben in ihrem von Vielfalt geprägten Wahlkreis Tower Hamlets völlig anders angegangen wäre. Fort- und Weiterbildung sind deswegen unerlässlich.

Der zweite Faktor für eine aktivere Verzahnung von Gemeinschaften ist, dafür zu sorgen, dass Gemeindebeziehungen entgegen bisher gängiger Praxis nicht länger ausschließlich in der Verantwortung von Freiwilligen- und Nichtregierungsorganisationen mit oft eingeschränkten Ressourcen liegen. Das Arbeiten mit den Gemeinschaften muss zu einem Anliegen der Allgemeinheit sowie aller öffentlichen Einrichtungen und des Privatsektors werden. Alle müssen ihre Verantwortung in dem Bereich anerkennen.

Der dritte Schlüsselfaktor ist die Bereitstellung angemessener Ressourcen, um einen Konkurrenzkampf verschiedener Gruppen zu reduzieren. Wiederholt haben wir erfahren, wie wichtig die Fragen Wohnungsbau und Bildung bei Gemeinschaftsbeziehungen sind. Die Ankündigung von Mittelkürzungen durch die derzeitige schwedische Regierung bereitet uns Sorge, da dies unweigerlich zu mehr Spannungen auf lokaler Ebene führen wird.

Viertens ist politische Führung erforderlich. Die Gesellschaft braucht Politiker, leitende Beamte und Geschäftsleute, die auf dem Weg zu besserer Interaktion zwischen den Gemeinschaften die Führung übernehmen. Zu oft nutzen die Führungsfiguren in einer Gesellschaft zwar gern die Vorteile, die neue (gemeint sind Migranten-) Gemeinschaften mit sich bringen, sind aber nicht bereit, etwas zurückzugeben. Zu oft nehmen sie Segregation hin, ohne etwas gegen Intoleranz zu unternehmen. Ein hervorstechendes Beispiel war für uns eine Episode aus Dudley in Großbritannien, wo die politische Führung es nicht geschafft hat, eine Genehmigung für den Bau einer neuen Moschee zu erteilen. Gute Gemeinschaftsbeziehungen sind abhängig von guter politischer Führung. Von ihr muss die klare und konstante Botschaft ausgehen, dass eine moderne Gesellschaft multikulturell und vielfältig ist, und dass Vielfalt eine Gesellschaft stark macht und deshalb begrüßt werden sollte. Beeindruckt hat uns, was das britische Newham in dieser Sache un-

ternimmt. Vielfalt aktiv willkommen zu heißen, kann hoffentlich dafür sorgen, dass die Diskussion über Gleichgewicht von und Beziehungen zwischen Kulturen mit mehr Reife geführt wird.

Allzu oft werden in der Diskussion über die Beziehungen zwischen kulturellen Gemeinschaften alte Unterschiede hervorgehoben. Indem wir zu aktiver Mitgestaltung bei kommunalen und landesweiten Angelegenheiten aufrufen, können wir dafür sorgen, dass der Fokus sich auf den Aufbau einer besseren Zukunft verschiebt. Der Klimawandel ist ein Beispiel für eine Herausforderung, die die Gesellschaft als Ganzes angehen muss, denn die Bedrohung betrifft uns alle, ungeachtet unserer Ethnizität, Religion oder kulturellen Herkunft. Dabei ist immer zu bedenken, dass die Gesellschaft nicht statisch ist. Sie ist dynamisch und unterliegt ständigem Wandel und ständiger Anpassung. Genau diese Dynamik wird die Beziehungen zwischen den Gemeinschaften verändern, wenn wir es schaffen, aus einer Kultur der Segregation und der Rückwärtsgewandtheit auszubrechen.

In unserem Netzwerk wurde viel über Staatsbürgerschaft diskutiert. Ein Teilnehmer bei unseren Informationsreisen sagte es so: „Wenn man die Menschen nicht wie Bürger behandelt, kann man nicht erwarten, dass sie sich wie Bürger benehmen.“ Die Frage ist jedoch, was wir unter Staatsbürgerschaft verstehen. Als die Gesellschaften noch homogener waren, hingen die Begriffe Nationalität und Staatsbürgerschaft im All-

gemeinen eng zusammen. Oft definierte sich beides durch gemeinsame Erfahrungen – nach dem Motto „Ein Norweger ist einer, der braunen Käse isst und gern Ski läuft.“ In Schweden wurde nachdrücklich empfohlen, sich auf eine Definition der Staatsbürgerschaft zu bewegen, die einbezieht statt ausgrenzt. Es ist immer mehr die Rede davon, dass jede Nation einen Wertekanon hat, an den sich alle halten müssen. Das Problem liegt nun darin, diese Werte so zu definieren, sodass sie mehr sind als graue Theorie. Besser wäre eine praktische Definition, also ein politisches Konzept, was eine Nation für ihre Bürger und die Welt im Allgemeinen erreichen will. Innerhalb dieses politischen Konzepts wird ein Verständnis enthalten sein dafür, wie viel Unterschied in einer Gesellschaft hinnehmbar ist, und wie es in modernen Gesellschaften möglich ist, mehrfache Identitäten miteinander zu vereinbaren. Ebenso wird dieses politische Konzept eine Definition gemeinsamer Ziele beinhalten, die eine Gesellschaft erreichen will und für die sich alle ihre Mitglieder einsetzen. Genau deswegen ist das Konzept der „aktiven Staatsbürgerschaft“ so wichtig. Die Menschen müssen fühlen, dass sie an den Entscheidungen über ihre Zukunft beteiligt sind.

Zur Debatte über die Staatsbürgerschaft gehört die Notwendigkeit, die Tendenz umzukehren, die Zugehörigkeit zu einer ethnischen Minderheit mit Zugehörigkeit zu einer Migrantengruppe gleichzusetzen. In den Niederlanden zum Beispiel spricht man schon vom „ewigen Einwanderer“. Damit ist

gemeint, dass die zweite, dritte und sogar vierte Generation muslimischer Minderheiten bei einigen noch immer als Einwanderer gelten, obwohl sie in Europa geboren und aufgewachsen sind und hier als vollwertige Staatsbürger leben. Integrative Gesellschaften basieren auf einem Gefühl der Zugehörigkeit, und das Konzept des „ewigen Einwanderers“ steht dem diametral entgegen. Die SPE muss für die Kommunikation innerhalb der Partei sowie für die Außendarstellung eine Sprache entwickeln, die alle mit einschließt. Sie muss um jeden Preis Fehler vermeiden, die aus Unbeholfenheit – wenngleich meist unbeabsichtigt – entstehen und ein Gefühl der Entfremdung und Ausgrenzung erzeugen können.

Das Recht auf Teilhabe und die Kraft, Dinge verändern zu können, untermauern das Gefühl, Staatsbürger zu sein und dazu zu gehören. Deshalb müssen wir dafür Sorge tragen, dass unsere politischen, geschäftlichen und gemeinschaftlichen Strukturen alle Gemeinschaften repräsentieren, damit es Kontakt und Verständnis zwischen allen Kulturen gibt. Die SPE sollte mit gutem Beispiel vorangehen und die Repräsentation von Minderheiten auf allen Regierungsebenen fördern.

Wir müssen dafür sorgen, dass die SPE für die muslimischen Minderheiten in Europa die Partei der Wahl wird, die ihnen die Foren zur Verfügung stellt, welche sie zur vollständigen Partizipation in der Gesellschaft brauchen. Dies bedeutet, dass unsere Parteien innerhalb Europas die Bevölker-

ung besser repräsentieren müssen, sodass die Gesichter, die wir auf Parteiveranstaltungen sehen, Europas Vielfalt widerspiegeln. Unser Besuch in Schweden vermittelte uns hierfür ein einleuchtendes Beispiel. Die schwedischen Sozialdemokraten haben ihre Partei für Menschen ohne schwedische Staatsbürgerschaft geöffnet und sich damit als integrativ und fortschrittlich gezeigt. In Großbritannien trafen wir eine Reihe muslimischer Stadträte, Parlamentsabgeordnete und Mitglieder des Oberhauses. Beispiele wie diese sollten Schule machen und als wegweisend für alle gelten. Sie sollten uns als die politische Partei kennzeichnen, die ihren Worten Vielfalt und Integration auch Taten folgen lässt.

Die Sprache war ein weiteres wichtiges Thema in unserer Befragung. Sollten Minderheiten gezwungen werden, die Sprache ihres Aufnahmelandes zu sprechen? Viele Muslime, mit denen wir gesprochen haben, stimmten zu, dass die Beherrschung der Sprache eine wichtige Voraussetzung für die Integration ist, solange Muslime nicht davon abgehalten werden, auch andere Sprachen zu sprechen. Einige Länder haben relativ strenge Sprachtests für neue, oft aus muslimischen Ländern kommende, Einwanderer eingeführt. Das löst aber nicht die Sprachprobleme der zweiten und dritten Generation der muslimischen Minderheiten. Untersuchungen in Großbritannien haben ergeben, dass die soziale Mobilität von Bengalen der zweiten und dritten Generation eingeschränkt ist. Daraus wird oft der Schluss gezogen, dass die Sprache das

Tor zu sozialer Mobilität ist, und darauf sollten wir unser Hauptaugenmerk legen. Auf gar keinen Fall darf die SPE vor dem sensiblen, schwierigen Thema Sprache zurückschrecken. Wenn über diese Fragen nicht offen diskutiert wird, spielt man dem rechten Flügel in die Hände und liefert ihm einen willkommenen Anlass, die Richtung der Debatte zu bestimmen und ihr eine weniger fortschrittliche Wendung zu geben.

Die Ergebnisse des SPE-Netzwerks „Vielfalt und Integration“ sollten ein wesentlicher Bestandteil des SPE-Wahlprogramms für 2009 werden. Wir müssen entsprechend unserem heutigen Wissensstand handeln: Integration erfordert Möglichkeiten, an politischen und bürgerlichen Prozessen teilhaben zu können. Der Weg, den moderne

Gesellschaften gehen müssen, beruht auf konstanter Interaktion und gemeinsamen Erfahrungen zwischen den Gemeinschaften.

Eine englischsprachige Version dieses Artikels ist auf <http://www.feslondon.org.uk/public.htm> erhältlich.

Die in diesem Artikel zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind die des Autors und spiegeln nicht unbedingt die der FES London wider.

ViSdP: Karl-Heinz Spiegel, Direktor, FES London

ⁱ http://fra.europa.eu/fra/material/pub/muslim/Manifestations_EN.pdf

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/06/235&format=HTML&aged=1&language=EN&guiLanguage=en>

ⁱⁱ <http://www.coventry.ac.uk/researchnet/icoco>